

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis durch die Post  
1,20 M. vierteljährlich

# Sattler-

Inserate für den Arbeitsmarkt  
20 Pf., alle anderen 30 Pf. pro  
3gespaltene Petitzeile

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 45 .: 24. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräun-  
straße 10b .: Telefon: Amt IV, 2120

Berlin, den 11. November 1910

**Inhalt:** Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Aus Rhein-  
land und Westfalen. — Gesundheitsverhältnisse und die Be-  
rufsanforderungen der Sattler und Portefeuille. — Der rüd-  
fällige Elender. — Arbeitergroßen. — Der deutsche Arbeits-  
markt im September. — Tischliche Agitation in Deutsch-  
land. — Blutneigung durch Streikloffen beim Tragen  
und Bearbeiten von Hocharmatzen als Betriebsunfall  
anerkannt. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem  
Verlauf. — Korrespondenzen. — Aus anderen Organisationen.  
— Ausländ. — Soziales. — Rundschau. — Bestimmung  
des Zentralvorstandes. — Einsendungen der Verwaltung  
stellen im Monat Oktober 1910. — Sterbetafel. — Ver-  
sammlungsstatistik. — Anzeigen.

Für die Woche vom 13. bis 19. November  
ist der 46. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger  
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rück-  
stande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der  
Verbandskasse erhalten.

**Achtung! Kollegen! Achtung!**  
Die Kollegen werden in ihrem eigenen  
Interesse ersucht, bei Arbeitsaufnahme in anderen  
Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsver-  
waltung zu erkundigen.

**Delmenhorst.** Wegen Streik in der Wagen-  
fabrik ist Bezug streng fernzuhalten.

**Hannover.** Die Portefeuille und Buchbinder  
sind im Streik.

**Rathenow.** Der Streik der Einarbeiter  
und Portefeuille dauert unverändert fort.

**Solingen.** Hier stehen die Portefeuille  
und Buchbinder in einer Tarifbewegung.

## Ausländ.

**Oesterreich-Ungarn.**

**Wien.** Die Ledergalanteriearbeiter (Porte-  
feuille) stehen in einer Lohnbewegung.

**Brünn.** Die Firma Schmal, Treibriemen-  
fabrik, ist gesperrt.

**Rafshan.** Die Firma Jollshan & Franken-  
stein ist gesperrt.

**Prag.** Die Firma Stein & Freud, sowie  
die Firma Schneider sind zu meiden.

Von allen oben genannten Orten ist der  
Bezug streng fernzuhalten.

## Aus Rheinland und Westfalen.

I.

So mancher Kollege, wenn er im Frühjahr sein  
Dängel schnürte, um nach zünftlerischem Brauche  
in die Fremde zu gehen und Land und Leute kennen  
zu lernen oder sich weiter „auszubilden“, hat schon  
von den herrlichen Gefilden des Rheins geträumt und  
mit einer stillen Sehnsucht sich hingezogen gefühlt  
zu den schönen Rheintälern und den grünen Fluten  
des Vater Rhein.

Aber wie enttäuscht war er, wenn er es schaute,  
das so innig ersehnte Ziel seines Verlangens. Trau-  
rige wirtschaftliche Verhältnisse fand er vor. Von

Mainz bis Köln keine Arbeit zu erhalten und wenn  
er solche erhielt, dann nur zu den rückständigsten  
Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Naturschön-  
heiten, die Mutter Natur hierher gezaubert hat, zu  
genießen, ist nur den besser situierten Klassen ge-  
nau, der Arbeiter mag in dumpfer Großstadtluft  
oder in schlechten Werkstätten verkommen.

Und so wandern viele unserer Kollegen während  
der schönen Jahreszeit den Rhein hinab und hinauf,  
teils auf Schiflers Klappen, vielfach angewiesen aufs  
„Klinkspucken“, teils mit dem Dampfboot. Wer  
schließlich noch ein paar „Wohler“ sein eigen nennt,  
magt auch per Dampfer eine Rheinfahrt zu unter-  
nehmen. — Doch alle sind enttäuscht, wenn in  
Köln, im „deutschen Rom“ angelangt, ihnen  
gesagt werden muß, welche traurigen Verhältnisse  
hier noch im allgemeinen existieren und Arbeit auch  
hier kaum zu finden ist.

So geht es dann weiter und meistens wenden  
sich die Kollegen dann dem Industriegebiet zu. Aber  
auch hier dieselbe Enttäuschung.

Wohl hat die Organisation schon vieles ge-  
bessert. Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der  
Löhne geschaffen, aber vieles bleibt noch zu tun  
übrig.

Durch die starke Fluktuation, unter der wir zu  
leiden haben, ist eine immerwährende Agitations-  
und Organisationsarbeit notwendig. Besonders gilt  
dies für die Kollegen bei den Kleinmeistern.

Das Kost- und Logiswesen steht noch in voller  
Blüte. Wo man in den Großstädten anderer Be-  
zirke längst über den Kost- und Logiszwang beim  
Arbeitgeber hinweg ist, wird hier dieses bevor-  
mündende und alle persönlichen Freiheiten berau-  
bende System von den Krautern geradezu gepflegt.

Wenn auch die Löhne, die hier bei Kost und  
Logis gezahlt werden, mitunter etwas höher sind  
als in anderen Bezirken, so ist aber auch die Arbeit  
eine weit schwerere, die Arbeitszeit eine sehr lange  
und unregelmäßige und die persönlichen Ausgaben bei  
den hiesigen Teuerungsverhältnissen bedeutend  
höhere.

Daß die Arbeitgeber, die kleinen sowohl als  
auch die großen, einen fanatischen Haß auf  
die Organisation haben, braucht wohl nicht  
besonders gesagt zu werden. Der katholische Ge-  
sellschaftsverein oder sonst ein konfessioneller Arbeiter-  
verein, wo die Arbeitgeber vielfach Ehrenmitglieder  
sind, genügt ihrer Ansicht nach ja auch vollständig  
für die Arbeiter.

Wir haben sogar Fälle zu verzeichnen, wo Kol-  
legen, trotz anderer Gesinnung, von den Krautern  
geradezu in die konfessionellen Vereine hineinge-  
trieben wurden. Die Kollegen mußten sich fügen,  
wollten sie nicht ihre Arbeitsstelle mitten im Winter  
verlieren.

Traurig sind auch die Werkstattverhältnisse bei  
den Kleinrautern. Keller- und Speicherwerkstätten  
find keine Seltenheiten. Hierin zeichnet sich beson-  
ders Bochum aus, wo wir auch den meisten Wechsel  
unter den Kollegen zu verzeichnen haben.

Die Arbeitszeit bei den Krautern ist nicht unter  
10 Stunden, wohl aber meistens länger. Die Löhne

schwanken zwischen 6 bis 15 Mk. bei Kost und Logis,  
15 bis 27 Mk. ohne Kost und Logis.

Neben der Geschirrbrauche ist die Treibriemen-  
branche eine der schlechtest bezahlten. Wo die Or-  
ganisation Fuß gefaßt hat, konnten wir im letzten  
Frühjahre Verbesserungen durchdrücken. Leider  
sicht uns noch eine Anzahl Kollegen der Treibriemen-  
branche fern, trotz oder vielleicht gerade wegen der  
ungünstigen Verhältnisse, unter denen sie arbeiten  
müssen.

Die Herren Treibriemenfabrikanten haben eine  
seitige Organisation. Unsere Kollegen dagegen  
sind der Spielball der Fabrikanten.

Wir geben jedoch noch nicht alles verloren.  
Immer und immer wieder werden wir an die Kol-  
legen herantreten und sie auffordern, sich der Or-  
ganisation anzuschließen, solidarisch zu handeln und  
solidarisch zu denken. Denn nur dadurch kann etwas  
erreicht werden. Wir wissen, daß sich die Kollegen  
der Treibriemenbranche bedrückt fühlen. Sie be-  
sitzen nur nicht den Mut, es offen auszusprechen.  
Deshalb ist es notwendig, daß wir es ihnen sagen.

In der Jagdeffektenindustrie haben sich an-  
scheinend die Kollegen mit Haut und Haaren den  
Arbeitgebern verkauft, denn hier herrscht eine Angst-  
meierei und Geheimnistuerei unter den Kollegen,  
die bald ans Groteske grenzt. Die Kollegen be-  
greifen nicht, oder wollen es nicht begreifen, daß  
sie dadurch dem Arbeitgeber nur den Rücken steifen.  
Wir sind aber trotzdem der Ueberzeugung, daß auch  
diese Kollegen aufwachen werden.

In den Branchen, wo die Organisation am  
besten vorgeritten ist, bestehen auch die günstigsten  
Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wir nennen hier  
nur die Militäreffekten-, Meißnerartikelf- und Wagen-  
branche. Der Einfluß der Organisation kommt hier  
deutlich zum Ausdruck. Hier besteht meistens eine  
geregelt und kürzere als zehnjährige Arbeits-  
zeit und gegenüber den anderen Branchen einiger-  
maßen auskömmliche Löhne. Trotzdem dürfen wir  
nicht die Hände in den Schoß legen, denn vieles,  
allzu vieles ist noch zu tun.

Wir leben unter Verhältnissen, die eine Verbesse-  
rung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen dringend  
notwendig machen. Die Lebensmittel haben eine  
Höhe erreicht, wie wir sie seit Jahren nicht zu ver-  
zeichnen hatten. Die Folgen dieser Teuerung sind  
Unterernährung. Kommt zu dieser Unterernährung  
noch eine lange Arbeitszeit, so steigen die Erkran-  
kungsfahrten in erhöhtem Maße.

Die Gewerkschaft ist derjenige Faktor, der hier  
allein nur helfend eingreifen kann. Deshalb, Kol-  
legen, nicht gezögert, mit Hand angelegt zum Aus-  
bau der Organisation. Jeder Kollege muß es sich  
zur Pflicht machen, neue Mitglieder für den Ver-  
band zu werben. Nur wenn wir stark genug sind,  
werden wir etwas erreichen.

Diese Ueberzeugung aber von der Notwen-  
digkeit des Zusammenschlusses und von  
der Schädlichkeit der Zerrissenheit der Gewerkschaft  
hat sich in den Köpfen aller rechtlich und objektiv  
denkenden Menschen Eingang verschafft. Sogar das



Krankheit, dank der guten Fürsorge durch die Viehseuchengegengung nur sehr vereinzelt vor.

Zimmerlin ist es schon vorgekommen, daß durch Gezirre, die aus milzbrandhaltigem Leder gefertigt wurden, Milzbrandkrankungen entstanden. Dem das Gerben vernichtet die Milzbrandkeime nicht, weder in Restfall noch in Kalkschlämme waren sie nach 3-5 Tagen abgestorben, dagegen töten 1prozentige Formollösungen die Sporen in 48 Stunden ab. Der italienische Forscher Grigalia hält nach seinen Versuchen gegerbtes Leder gleichfalls noch für infektiösfähig, während Georci die Felle nach Einlegen in eine 2-5prozentige Ätzwasserkalklösung vollständig zu desinfizieren vermochte.

In hygienischer Hinsicht ist auch das Gewerbe der Portefeuller als ein nicht ungünstiges zu bezeichnen. A. Schloßmacher in Frankfurt urteilt in einem Aufsatz über „Die Lederwarenindustrie im rheinischen Wirtschaftsgebiet“, daß in hygienischer Hinsicht ein nachteiliger Einfluß durch das Gewerbe nicht nachzuweisen sei, auch vom Westerwald wird berechnet, daß ein nachteiliger Einfluß der Industrie auf die Gesundheit nicht festgestellt wurde.

Ein Beruf wirkt aber nicht rein als solcher auf die Gesundheit ein, sondern hier kommen auch die gesamten wirtschaftlichen, sozialen Verhältnisse: die Lohnverhältnisse, die Arbeitszeit, die Wohnung und Ernährung in Betracht. Sind diese günstig, so können sie große Berufsschädlichkeiten ausgleichen. Sind sie ungünstig, so summieren sich beide Schädlichkeiten zusammen und die gesamten Verhältnisse in gesundheitlicher Hinsicht der betreffenden Arbeiterschaft sind alsdann als recht dürftige und ungenügende zu bezeichnen.

In dieser Hinsicht ist es von Interesse, einmal die sozialhygienischen Verhältnisse der Portefeuller am Rhein und Main zu betrachten, zumal hierzu ja Offenbach gehört, das ausgesprochenemalgen der Hauptitz dieses Gewerbezweiges für den ganzen Weltmarkt ist. Wie schon hervorgehoben, sind dort die Gesundheitsverhältnisse günstig, sie haben sich seit 1905 noch verbessert in der Börzenbranche durch tarifliche Vereinbarungen zwischen den Gewerkschaften und den Zwischenweilern. Dadurch ist aus Gesundheitsrückichten das die Brustorgane besonders anstrengende Klopfen für alle Arbeiterinnen und die Beschäftigung an den Nähmaschinen für Mädchen unter 15 Jahren abgestellt worden. Kinderarbeit kommt in der Heimarbeit nur vereinzelt vor, und zwar als Hilfeleistung eigener Kinder des Heimarbeiters. Die regelmäßige

wöchentliche Arbeitszeit soll laut Tarifvertrag in den Fabriken und städtischen Zwischenweilerverbetrieben nicht über 51 Stunden, in den ländlichen Zwischenweilerverbetrieben nicht über 57 Stunden betragen. Für die vom Unternehmer ohne Zwischenweilervermittlung beschäftigten Heimarbeiter gibt es in dieser Hinsicht keine Vorschrift. Aus den vorliegenden statistischen Nachweisen läßt sich für die männliche Arbeitskraft eine durchschnittliche Arbeitszeit von 58 1/2 Stunden aufrechnen. Regelmäßige Sonntagsarbeit ist selten, sie kommt nur in lebhafteren Geschäftszellen vor.

Es wird vorwiegend in besonderen Werkstätten gearbeitet oder in der Fabrik. Häufig findet die Heimarbeit auch im Wohnzimmer statt, was in gesundheitlicher Hinsicht besser zu vermeiden wäre. Häufig wird, um besondere Heizstoffe zu sparen, in der kalten Jahreszeit die Arbeit aus den Werkstätten in einen zu Wohnzwecken dienenden Raum verlegt. Besondere Dürftigkeit der Wohnräume ist übrigens nirgends nachgewiesen. Knappheit und Niedrigkeit wechself ab mit Auskömmlichkeit und Behaglichkeit.

Nach dem Vertrag zwischen der Vereinigung der Lederwarenfabrikanten und den Verbänden der Portefeuller und Sattler darf die regelmäßige Arbeitszeit für alle Arbeiter und Arbeiterinnen in den Fabriken nicht mehr wie 51 Stunden wöchentlich betragen. Sie soll nicht vor 7 Uhr morgens beginnen und nicht später als um 6 Uhr endigen. In den Monaten Dezember, Januar und Februar ist es gestattet, Arbeitsbeginn und -Schluß um eine halbe Stunde später zu verlegen. Samstag ist um 5 1/2 Uhr, an Vorabenden vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten um 4 Uhr Arbeitschluß ohne Lohnabzug. Das Nachholen der durch die gesetzlichen Feiertage und die Verkürzung der Arbeitszeit an den Vorabenden vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten verloren gehenden Arbeitszeit gilt als Iteberstunden.

Im Westerwald werden die Arbeiten meist wegen des in der Fabrik herrschenden Raumangels, dann auch wegen Unabkömlichkeit in der Haushaltung zu Hause verrichtet; viele Arbeiter benutzen das Wohnzimmer als Arbeitsraum, namentlich die weiblichen Arbeiter; nur das Schrägen der Schuhriemen geschieht in besonderen Arbeitsräumen. Die Wohnungen sind meistens groß genug und gesund und sind wenigstens hinreichend mit Luft und Licht versehen; Schlafzähler werden nicht gehalten. Auf einen Lebensstand der Heimarbeit ist hier hinzuweisen, nämlich das fast gänzliche Fehlen von Versicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Invalidität

und Alter. Nur in ganz vereinzelt Fällen liegt eine Versicherung vor, während die Portefeuller in Beziehung auf ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse nicht über diejenigen anderer Arbeiter hinausragen, ja dieselben oft vielfach nicht erreichen. Werden diese Arbeiter krank, invalide oder infolge hohen Alters erwerbsunfähig, so entbehren sie gänzlich der Wohlthaten der sozialen Versicherung, geraten in Notlage und fallen schließlich der öffentlichen Armenpflege anheim, während sie sich mit nur geringen Beiträgen einen geschulden Anspruch auf Versorgung erwerben könnten. Ein großer Teil der Heimarbeiter erkennt dies auch an und würde gern die nötigen Beiträge bezahlen. Hoffentlich bringt die neue Reichsversicherungsordnung, die ja die gesetzliche Versicherungspflicht der Heimarbeiter vorzieht, hier eine baldige Remedur.

Arbeitergroßen.

In dem zum Glück vergebliehen Nühen, die Arbeiterschaft aus der gewerkschaftlichen Pflichterfüllung abzuhalten, tut sich ganz besonders ein Herr Westphal hervor. Er ist, wenigstens was seine Konjunktellern betrifft, kein Mann gewöhnlichen Schlags, sondern trägt den Titel eines Geheimen Regierungsrats, eines Professors, und was ganz besonders wichtig ist, eines Majors der Landwehr außer Diensten. Außerdem ist er stellvertretender Vorsitzender und Schriftführer des Knuffhäuserbundes der deutschen Landestriegerverbände. Dieser Herr glaubt nun etwas ganz Besonderes zu vollbringen, wenn er Jahr für Jahr die Behauptung vertritt, daß die gewerkschaftlichen Arbeitergroßen nicht den organisierten Arbeitern, sondern den „Führern“ zuzurechnen kommen. Die „Führer“ sind, wie es mehrfach wörtlich in der „Knuffhäuser-Korrespondenz“ heißt, die gewaltigen Summen, die die Arbeiterschaft für Organisationszwecke aufbringt, in die eigene Tasche. Diese Behauptung, über deren sachlichen Wert im Munde eines Offiziers a. D. wir hier kein Wort weiter verlieren wollen, wird von Zeit zu Zeit durch Zusammenstellung von Zahlen bekräftigt; und auch in der am 16. Oktober 1910 erschienenen Nummer 82 der amtlichen Zeitung des Deutschen Kriegerbundes, „Parole“ wartet Major Westphal mit einer Rechenarbeit auf, in der nach früherem Brauch dargelegt wird, daß in den Gewerkschaften nicht weniger als 41,2 Proz. aller Ausgaben auf Vermarktungszwecke entfallen. Diese Behauptung zu beweisen, ist für Herrn Westphal eine Kleinigkeit. Verwaltungsausgaben sind für ihn nicht nur die eigentlichen Ausgaben dieser Art, sondern auch die Ausgabe für Agitation, für Statistik, Stellvertretermittlung, Fragebogen und ferner die bei der Verschiedenheit der Buchführung nicht gut anders zu

herstellen können, bei Löhnen, die eben die Existenz freiten lassen. Und das alles zur höheren Ehre Gottes.

Die zwanzig größten Städte. Nach den neuesten Statistiken der verschiedenen Länder ergibt sich für die zwanzig größten Städte der Welt folgende Reihe. An erster Stelle steht London mit 7 450 000 Einwohnern, darauf folgt New York mit über 4 500 000. Hieran schließen sich Paris mit 2 745 000, Chicago mit 2 166 000 Bewohnern. Berlin kommt mit 2 103 000 Menschen erst an fünfter Stelle würde aber mit seinen Vororten die dritte einnehmen). Daran reißen sich Wien mit 2 021 000, St. Petersburg mit 1 550 000, Philadelphia mit 1 533 000, Moskau mit 1 412 000, Buenos Aires mit 1 147 000 Einwohnern. Von den Großstädten, deren Bevölkerung die Million nicht erreicht, steht Kalkutta mit 983 000 voran. Darauf folgen Bombay mit 978 000, Birmingham mit 875 000, Hamburg mit 866 000, Glasgow mit 763 000, Kairo mit 693 000, Manchester mit 649 000 und Rio de Janeiro mit 636 000 Bewohnern.

Eine Papier-Kolonie. Das größte Zeitungsunternehmen Europas, die „Amalgamated Press“, die etwa 40 Zeitungen und Magazine in England herausgibt, darunter „Daily Mail“ und „Daily Mirror“, hat vor nicht langer Zeit mit einem Stammkapital von 24 Millionen Mark eine riesenhafte Papierfabrikanlage auf der waldrreichen Insel Terranova im Norden Amerikas begründet, um ihr eigener Papierlieferant zu sein. Sie hat 800 000 Hektar Wald erworben und hydraulische Papiermühlen mit 80 000 Pferdekraften aufgestellt, die demnächst auf 80 000 erhöht werden sollen. Zweitausend Tonnen Papier, genügend um 40 Millionen Exemplare einer zwölffünftigen Zeitung darauf zu drucken, sind jüngst als erste Ladung nach London abgegangen. Amerikanischen Brauch gemäß ist bei der gewaltigen Fabrikanlage im Nu eine kleine Stadt entstanden, die bereits 3000 Kolonisten zählt. Das Füllen der Bäume besorgen die auf der Insel ansässigen Sabeljaukischer den Winter über, während die Fischerei des Eises wegen ruht.

„Mein lieber Badrone, ich weiß, Du bist ein guter Christ, trägt in Ergebenheit, was Dir befohlen, und nur nicht über die wunderbaren Künge des Himmels. Aber ebenso sicher weiß ich, daß Du in diesem Augenblicke Deinen Giel lieber fühlst als einen Diener des Herrn und diesen lieber verfluchen als seinen Segen erbitten möchtest. Um Dich vor dieser Sünde zu bewahren, muß ich Dir ein Geständnis machen. Wir Menschen sind alle arge Sünder; auch ich war es, und unseren wird die Sünde doppelt schwer angerechnet. Deshalb bin ich in einen Giel verwandelt worden und mußte Dir dienen bis zu dieser Stunde, in der meine Strafe ihr Ende erreicht hat. Nun gebe ich von Dir und danke Dir für alles Gute, das Du mir erwiesen hast — auch für die vielen Prügel, die wesentlich zu meiner Befreiung beigetragen haben. Ich werde auch fleißig für Dich beten, auf daß es Dir wohl ergehe auf Erden und Du bald einen so guten Giel finden magst, wie ich einer war!“

Mit diesen Worten schlüpfte der würdige Bruder aus den Selen, erhob die Hände segnend über den im Graben liegenden Ex-Badrone (so nennt nämlich das Gefinde dort zu Lande den Dienstherren) und ging in der Richtung gegen San Martino von dannen.

Der Bauer fand noch lange keine Worte, und das war für sein Seelenheil sehr erspriehlich; denn wenn er welche gefunden hätte, so wären es — wie Fra Basilio ganz richtig vorausgesehen hatte, doch nur flüchtige gewesen. Endlich hob er seinen Karren aus dem Graben, las seinen Kram zusammen und machte sich zu Fuß auf den Weg nach San Martino, das von Hause aus sein Reisegiel war. Der leichtfüßige Bruder Basilio hatte inzwischen schon längst das Weile gewonnen.

Auf dem Marktplatz war der erste Bekannte, den der Bauer dort antraf, sein Giel. Vergnügt sah ihm das treue Tier schon von weitem entgegen. Verblüfft starrte der Bauer den Grauen an und mußte wieder nicht recht, ob er wache oder träume. Endlich sagte er sich doch ein Herz, trat zu dem Giel hin, hielt den Hund dicht an einä seiner

langen Ehren und flüsterte hinein: „Aber um Himmelswillen, was haben denn Euer Schwürden schon wieder verbrochen?“

Geldkäse ist Geldkäse. Eine französische Zeitschrift veröffentlichte eine Offerte, die ein erschreckendes Bild von den Zuständen gibt, die in so manchen „frommen“ Anstalten herrschen. Es heißt da:

„Mein Herr! Wir beehren uns, Ihnen die Lieferung von Käse anzubieten, der von den gereinigten Händen reuiger Mädchen in unserem Heim von A. hergestellt wird. Die auf ihr äußerstes Mindestmaß herabgeschraubten Arbeitslöhne gestatten uns, die erste Qualität zum Preise von . . . zu liefern. Jeder Käufer von 20 Kilo auf einmal hat das Anrecht auf eine Totenmesse, die ich in der Kapelle der Anstalt abfeiern lasse. Bewaltente, die sich auf Einzelbestellung beschränken, erhalten mit jedem Käse einen Gebetbon. Wenn sie fünf solcher Bons zusammen haben, so brauchen sie sich nur an unser Oekonomat zu wenden, um einen Messbon zu erhalten. Da unsere Käse innerhalb des Heims von Frauen hergestellt werden, die an die äußerste Sauberkeit gewöhnt sind, so sind sie von unberגעlicher Güte. Sie kosten, heißt mehr davon bestellen! Man richte die Bestellungen, begleitet von einem Postmandat, an den Abbe V., den Direktor des Heims für reuige Mädchen.“

Die auf ihr äußerstes Mindestmaß herabgeschraubten Arbeitslöhne gestatten also den frommen Wohlthätern reuiger Mädchen, ihren vortrefflichen Käse zu billigen Preisen abzugeben und dabei religiöse Zeremonien, die sonst bekanntlich teures Geld kosten, noch gratis zuzugeben. Sie konfuzieren damit andere Geschäfte aus dem Felde und nehmen den bei diesen beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen das Brot weg. Wenn dann die letzteren von der Not getrieben sich der Prostitution in die Arme werfen, dann haben sie doch wenigstens die Anwartschaft auf das Heim reuiger Mädchen, in dem sie dann, diesmal mit gereinigten Händen, wieder Käse

rubrizierenden „Sonstigen Ausgaben“, die 1909 allein in allen 57 der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften 2 345 467 Mk. oder 4,4 Proz. der Gesamtausgaben ausmachten. Das beste Beispiel Major Westphal sich aber, indem er wörtlich folgendes schreibt:

„... So wird zum Beispiel in einer der Tabellen ganz nebenbei (!) unter der Rubrik „den Zahlstellen verblieben von den Beiträgen“ die enorme Summe von ... 7 181 183 Mk. (1909) aufgeführt; es sind dies offenbar die Vergütungen für das Einkassieren der Beiträge.“

Der gute Mann hat mithin, so wollen wir einmal zu seinen Gunsten gelten lassen, keine Ahnung davon, daß es in der Zentralisation unmöglich ist, die einzelnen Zahlstellen ohne Geld zu lassen. Weil aber die am nächsten liegende und den Tatsachen entsprechende Annahme, daß auch die den Zahlstellen verbleibenden Summen zum weitestgehenden Teil als lokale Unterhaltungszuschläge und zur Unterhaltung lokaler Einrichtungen verwendet werden, keine Wirkung hätte, so stellt der Major a. D. schlankwegs die ungeheuerliche Behauptung auf, daß volle 13,4 Proz. der Gesamtausgaben in die Taschen der Einkassierer wandern

Allin mit dieser Reimungelung wäre die Kampfmethode des Kriegervereinsleiters abgetan, der es in seinem Angriffe auf die Gewerkschaften wunderlicherweise unterläßt, am Beispiel der Kriegervereine zu zeigen, wie denn wirklich „Arbeitergroßchen“ verwendet werden müssen. Am das zu erfahren, sind wir genötigt, uns an einen wahrscheinlich vom Kuffhäuserverband kürzlich veränderten Wafschettel zu halten. Wir richten uns nach dem am 5. Oktober 1910 in der „Deutschen Tageszeitung“ erfolgten Abdruck und finden da wörtlich das folgende:

„Das Gesamtvermögen des Kuffhäuserbundes betrug Ende 1909 45,75 Millionen. Eine große Ausgabe sieht der Kuffhäuserbund in seiner sozialen Tätigkeit. An Unterhaltungen wurden darum im Jahre 1909 5 100 338 Mk. ausgezahlt.“

Jeder Kassierer irgendeiner Organisation wird es selbst finden, daß in einer solchen Aufstellung nicht die Gesamteinnahme, sondern das Gesamtvermögen des Bundes mit den Ausgaben an Unterhaltungen in einer Reihenfolge genannt wird. Doch das ist Sache der Kriegervereine. Wollten aber die Gewerkschaften nach derselben, praktisch wie geübt wertlosen Methode verfahren, so würde der Kuffhäuserbund sehr beschämt dastehen, und zwar selbst dann, wenn die von Herrn Westphal gebrachte Zusammenstellung der gewerkschaftlichen Zahlen ebenso einwandfrei wäre wie die vorerwähnte ist. Die Gewerkschaften geben dann, da ihr Vermögen etwa 43 1/2 Millionen Mark beträgt, immer noch weit über die Hälfte für Unterhaltungs- und Wohlfahrtszwecke aus, während die Kriegervereine nach ihrer wunderlichen Aufstellung nur etwa ein Neuntel hierfür verwenden.

Wenn wir uns nun zum Ueberflus noch weiter ein wenig mit den Angriffen des Herrn Westphal beschäftigen, so soll es nur geschehen, um die Inkonsistenz der tapferen Krieger im allgemeinen zu kennzeichnen. Bekanntlich sind die Mitglieder der freien Gewerkschaften aus den Kriegervereinen ausgeschlossen, die der Christlichen und der Reichs-Deutscherischen Organisationen hingegen zugelassen. Nun aber lehrt die Statistik für das Jahr 1909 einwandfrei das Folgende: Es zählten für:

	Organi- sationen	Mit- glieder- zahl	pro Kopf Mk.
<b>Reichsverband und Landesverbände insgesamt:</b>			
Zentralverbände	57	1822687	2111446
K. D. Gewerkschaften	22	10-028	439172
Christl. Gewerkschaften	21	270761	1214450
<b>Streife, Ausperrungen und Gemischte:</b>			
Zentralverbände	57	1822687	7679115
K. D. Gewerkschaften	24	108028	146228
Christl. Gewerkschaften	21	270761	48-021
<b>Arbeitslosen- und Helfensvereine:</b>			
Zentralverbände	56	1822683	9719757
K. D. Gewerkschaften	15	101572	3573-21
Christl. Gewerkschaften	13	185844	195-36

Diese Gegenüberstellung zeigt, wie richtig es ist, wenn selbst ein entschuldigter Feind der freien Gewerkschaften betonen muß, es handele sich bei ihnen oder, wie er sich wörtlich ausdrückt, bei der „Sozialdemokratie“

„um die Wahrnehmung der Berufs- und Lebensinteressen eines einzigen Staates, des mit der Hand seinen Lebensunterhalt verdienenden Arbeiterhandes, und es sei begreiflich, daß eine große Opferwilligkeit zu erweisen sei, wenn es die Verbesserung der eigenen Lebenshaltung gelte.“

Für diejenigen, die wissen möchten, wie denn der Gegner heißt, der den „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften diese ehrende Anerkennung zollt, sei bemerkt, daß der Autor der hier angeführten Worte ganz derselbe Major Westphal ist, der sich soeben, wieder mit den vorhin gekennzeichneten Mitteln um die Verdächtigung der Gewerkschaften bemüht hat. Der hier hervorgehobene Ausdruck des

Lobes findet sich abgedruckt in der am 24. Januar 1909 erschienenen Nr. 6 der „Parasit“, und zwar in einem von Herrn Westphal mit Namen unterzeichneten Artikel, in dem er die objektiv betrachte ist sehr begriffliche Interessiertheit der Kriegervereiner tadelt und sie auffordert, sich an der Opferwilligkeit der sozialdemokratischen Arbeiterchaft ein Beispiel zu nehmen.

Für die Öffentlichkeit ist somit der Kriegervereinsmajor durch seine eigenen Worte erledigt. Ob auch für die Kriegervereiner selbst, soll uns hier nicht kümmern.

Zu allem Ueberflus stellt sich nun auch noch der Viedermann Lebius ein, um gleichfalls seinen Senf zu dieser Frage abzugeben. Denn wo alles liegt, kann Rudolf allein nicht lassen. Zudem ist er ein „wirklich einwandfreier Sachverständiger“, denn von der Verwaltung der Arbeitergroßen vertritt er etwas. Als Beweis dafür wollen wir nur, ohne auf sein übriges Gemächel einzugehen, anführen, was Lebius alles zu den Verwaltungskosten rechnet. Außer den persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten der Hauptklassen und denen der Lokal- und Gauklassen rechnet er die Ausgaben für Agitation, Generalversammlungen, Statistiken und Stellenvermittlungen, Druckfachen usw. Auf die Art kommen 41,2 Proz. der Gesamtausgaben auf Verwaltungskosten heraus. Natürlich fehlt in der Aufstellung auch der für die Rechnung verhältnismäßig hohe Betrag von 13,4 Proz. nicht, der den Zahlstellen verbleibt, eine Summe, die als Fonds in den Zahlstellen vorhanden ist. Lebius und seine Geistesverwandten zeigen damit eine sehr schwache Ahnung vom Kassenwesen. Als Verwaltungskosten sind zu rechnen für persönliche Verwaltungskosten der Hauptklassen 1,7 Proz. und für sachliche 1,1 Proz.; dazu kommen 12,0 Proz. für Verwaltungskosten der Lokal- und Gauklassen, das sind noch nicht 15 Prozent. Die Absicht bei diesen Rechnungen, nämlich den Nachweis zu führen, daß die Gewerkschaftsführer sich von den Arbeitergroßen mäßen, hat der lechthim angegriffene Verband der Buchdruckerhilfsarbeiter zum Ueberflus damit abgewehrt, indem er feststellte, daß auf jeden seiner Beamten im Durchschnitt 1465 Mk. Jahresgehalt kommt. Dafür betreiben ja wohl der Viedermann Lebius und das ihm nahestehende Geistesgeschlecht ihr ehrsames Handwerk nicht. Uebrigens, wieviel von den Beiträgen der Selben gehen denn nach der Lebiusischen Aufstellung für Verwaltungszwecke drauf? H. A. W. G.

### Der deutsche Arbeitsmarkt im September.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt im September hat sich nach dem Reichsarbeitsblatt im Vergleich mit dem Vormonat nicht unbedeutlich gebessert. Ganz besonders trifft dies für das Bekleidungs-gewerbe zu, in dem die mit dem September einsetzende Herbstsaison stets größere Beschäftigung bringt. Auf dem Nahrungs- und Genussmittelmarkt blieb die Lage im wesentlichen unverändert. Im Saarrevier ließ der Abfall immer noch sehr zu wünschen übrig; im ober-schlesischen Kohlenbergbau ging die Beschäftigung sogar zurück. Im Braunkohlenbergbau brachte der September im allgemeinen eine weitere Besserung. In der Metall- und Maschinenindustrie hielt die Besserung an. In der Automobilindustrie hielt der gute Geschäftslage weiter an. Ein Bericht meldet ein allgemeines Ueberangebot an un-gelernten Arbeitskräften, aber einen Mangel an ge-lerten. Im Eisenbahnbauwesen klagt man fast allgemein nach wie vor über den unbefriedigenden Geschäftsgang. Der Wagnbau hat im Berichtsmo-nate etwas nachgelassen, wie angenommen wird hauptsächlich wegen der Verdrängung des Nutzwagens durch kleine Autos. Ein Bericht spricht sogar von einer dadurch möglich ge-wordenen Herabsetzung der Abschreibepreise für Schindeldarbeiten um 15 bis 20 Proz. In der Textilindustrie gestaltete sich für die Spinnerien der Geschäftsgang etwas günstiger; für die übrigen Zweige kann von einer Besserung kaum gesprochen werden. Die Beschäftigung im Baugewerbe ließ etwas nach. In der Bekleidungsindustrie gab es reichlich zu tun. Nach den Berichten der Klassen-tassen hat sich der Beschäftigungsgrad im Laufe des September weiter wesentlich gehoben. Es ergab sich am 1. Oktober gegenüber dem 1. September eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abgültig der Kranken um 61 834 (+ 30 856 männ-liche, + 30 978 weibliche). Im September 1909 ergab sich eine Zunahme von 38 168 Mitgliedern (+ 14 090 männliche, + 20 078 weibliche). Gegen-über dem 1. Januar 1910 beträgt die Steigerung des Beschäftigungsgrades der männlichen Personen 9 Proz., der weiblichen 5 Proz. Die Arbeitslosen-ziffern der Innverbände im dritten Vierteljahr 1910 zeigen eine Verbesserung gegen das gleiche Vierteljahr des Vorjahres. Sie betragen für Ende Juli 1,9 Proz., für Ende August 1,7 Proz., und für Ende September 1,8 Proz., gegen 2,5 Proz.

bez. 2,3 Proz. bez. 2,1 Proz. im Vorjahre. Nach den Arbeitsnachweisziffern hat sich im Vergleich mit dem Vormonate wie besonders mit dem Vor-jahre für die Männer die Lage wesentlich gebessert. Für die Frauen traten im Vergleich mit denselben Zeiträumen kaum Unterschiede hervor. Bei der Ge-samtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für die vergleichbare Zahlenangaben vorliegen, kamen im September 1910 auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 145, bei den weiblichen 87 Arbeitslosige gegen 154 bez. 87 im August 1910, und 168 bez. 91 im September 1909. Auf dem Berliner Arbeitsmarkt hat sich die Gesamtzahl im Vergleich mit dem Vormonat und Vorjahr relativ günstig gestaltet. Im Schleswig-Holstein gestaltete sich die Lage im allgemeinen ungünstiger, in Ham-burg änderte sie sich wenig. In Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck erhielt der Arbeitsmarkt eine fröhliche Besserung, in Bayern meldete München eine fröhliche Besserung, in Württemberg und Baden änderte sich die Arbeitsmarktlage nur wenig. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisen-bahnen betragen im September 152 865 949 Mk., d. i. 10 562 780 Mk. mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Dies bedeutet eine Mehrerinnahme von 100 Mk. oder 5,74 Proz. auf 1 Kilometer.

### Tschechische Agitation in Deutschland.

Die hat uns gerade noch gefehlt! —

In Sandhofen bei Mannheim sind in einer Zuleppinnerei einige hundert tschechische Ar-beiterinnen und Arbeiter beschäftigt. Unter diesen wird von Böhmen aus eine Bewegung zum Anschluß an die tschechischen Organisationen inszeniert. Dieser Tage sollte ein tschechischer Agitator eine Ver-sammlung abhalten. Sie kam nicht zustande, weil der Agitator angeblich in Hannover bei gleicher Arbeit festgehalten war. Die Versammlung soll demnächst stattfinden.

So lautet die Notiz, die zurzeit durch die ge-samte Presse geht. Sollte diese Notiz auf Wahrheit beruhen, woran nach Lage der Sache kaum noch zu zweifeln ist, dann haben wir es in dieser tschechischen „Invasion“ mit einem geradezu unerhörten Stück-tchen tschechisch-separatistischer Frechheit zu tun, dem ganz energisch entgegenzutreten werden muß und hoffentlich auch wird. Ist es schon eine allseitig an-erkannte Tatsache, daß der Deutsche gegenüber den Ausländern, und namentlich den Tschechen, einen geradezu bewundernswürdigen Grad von Toleranz bezeugt, was wir, nebenbei gesagt, durchaus nicht für eine schlechte Eigenschaft halten, so dürfte diese deutsche Duldsamkeit doch dort ihr Ende finden, wo diese separatistischen Lobis, Wlabis, Wenzels- und andere „Läuze“ den Versuch machen, die wahrhaftig schon genügend zersplitterte deutsche Ge-werkschaftsbewegung noch mehr zu zersplittern und zu schwächen. Das ist wieder ein Stück tschechischer Anmaßung, wie man sie in den der böhmischen Grenze naheliegenden deutschen Städten schon von jeher beobachten konnte. In diesen deutschen Städten spielte früher und spielt noch heute das tschechische Element, unterstützt und gehätschelt von deutschen Unternehmern, eine derartige Rolle, daß der deutsche Arbeiter dort das Gefühl hat, nicht in einer deut-schen, sondern in einer tschechischen Stadt zu arbei-ten. Er ist, so unglücklich das klingen mag, nur der „Gebulde“, und die braven Tschechen beherr-schen infolge ihrer Billigkeit den dortigen Arbeits-markt.

Es liegt uns selbstverständlich vollkommen fern, auch nur im geringsten denjenigen tschechischen Ar-beitern und Kollegen zu nahe treten zu wollen, die Schulter an Schulter mit uns dem Unternehmertum die Stirne bieten. Auch diejenigen lassen wir uns allenfalls noch gefallen, die, von der Kultur noch unbedeckt, der Arbeiterbewegung teilnahmslos gegen-überstehen. Aber einen mit besonderer Unverfroren-heit gegen die deutsche Arbeiterchaft benutzt ge-führten Stoß zur Schwächung derselben, das kann und darf es nicht geben, da rufen wir diesen separa-tistisch-nationalistischen Hebern und Arbeiterfinden ein entschiedenes Halt zu. Was den Herren Tschechen recht ist, das ist allen anderen Nationen sicherlich billig. Und wo sollte es hinreichen, wenn in einem Lande, das so unter der Einwanderung fremder Nationen zu leiden hat wie Deutschland — von Amer-ika wollen wir gar nicht erst sprechen —, sich alle diese Nationen ansiedelten, nach tsche-chisch-separatistischem Vorbilde zu be-tätigen. Das bedeutete nichts anderes, als die Degradierung der Kampforganisationen der Arbeiterchaft zu nationalistischen Dis-

Intier-, Kauf- und Saufflubs. Und das darf nicht geschehen; darüber wird die deutsche Arbeiterschaft machen, denn ein größeres Vergnügen könnten wir den deutschen Unternehmern gar nicht bereiten, wenn wir diesen neuesten tschechischen Maßnahmen mit beschränkten Armen zusehen wollten.

**Blutvergiftung durch Streptokokken beim Tragen und Bearbeiten von Roßhaarmatratzen als Betriebsunfall anerkannt.**

Ein Kollege hatte mit Roßhaaren gefüllte Matratzen und Kopfkissen zu bearbeiten und zu tragen. Bald darauf verlor er im Krankenhause an Blutvergiftung. Das Krankenhausbuchtauchen nahm einen ursächlichen Zusammenhang zwischen Tod und Unfall an, der Phthisis Dr. V. verneinte einen solchen. Die Berufsgenossenschaft lehnte darauf eine Rentenbewährung an die Hinterbliebenen ab. Vom Schiedsgericht wurde sie aber mit folgender Begründung zur Zahlung verurteilt:

Das Gericht konnte auf Grund der Beweisaufnahme keine Bedenken mehr tragen, den Hinterbliebenen die Rente zuzusprechen. Zunächst kann an dem Vorliegen eines als „Betriebsunfall“ aufzufassenden Ereignisses nicht gezweifelt werden. Der Verstorbene ist wenige Tage vor seinem Tode mit einer ganz bestimmten Arbeit, nämlich dem Bearbeiten von Roßhaaren und dem Tragen der Matratzen, beschäftigt gewesen, einer Tätigkeit, die schon wegen der dem Roßhaar anhaftenden Bakterien nach ärztlicher Auffassung häufig den Grund von Erkrankungen bildet. Daß auch der Verstorbene dieser Gefahr in hohem Maße ausgesetzt war, lehrt einmal schon die Erwägung, daß das Auseinanderzupfen des Haares, die Auflösung der Knoten eine innige Berührung der Finger mit den Bakterienträgern herbeiführen mußte und dadurch auch eine Übertragung der Bakterien auf die Finger zu vermitteln geeignet war. Andererseits steht auch fest, daß A. die mit Roßhaaren gefüllten Stuhlrahmen auf der Schulter trug. Auch diese Art der Arbeit konnte bei einer geeigneten Eingangsporte dem Körper das Gift zuführen. Eine solche Eingangsporte hat der Arbeiter an der linken Halsseite befandliche Wunde dargeboten. Mit Recht nimmt Prof. L. an, daß entweder ein Scheuern der Wunde mit der bereits infizierten Hand oder einem Finger oder eine Berührung des Wundes durch einen Stuhlrahmen erfolgt ist. Die medizinischen Voraussetzungen des Falles hat der gerade auf diesem Gebiete als Autorität geschätzte Oberkuchter dem Schiedsgericht so eingehend erörtert und die Tatsache des Betriebsunfalls in der oben besprochenen Weise so einwandfrei dargelegt, daß das Gericht auf das entgegenstehende Gutachten des Phthisis Dr. V. — um so mehr, als auch das Krankenhausbuchtauchen den Standpunkt des Prof. L. teilt — kein ausschlaggebendes Gewicht legen konnte.

Die Berufsgenossenschaft war jedoch noch lange nicht überzeugt. Sie legte Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein. Letzteres bestätigte jedoch die Vorentscheidung. Aus der Begründung heben wir hervor:

„Das Reichsversicherungsamt ist ebenso wie das Schiedsgericht zu der Überzeugung gelangt, daß der Tod einem Betriebsunfälle zur Last zu legen ist. Es ist nachgewiesen, daß sowohl der Tapetier A. als auch sein Mitarbeiter B. an derselben Krankheit (allgemeine Blutvergiftung durch Streptokokken) gestorben sind. Nach dem für das Schiedsgericht maßgebend gewesenem Gutachten des Prof. L. ist es im höchsten Maße wahrscheinlich, daß das Tragen und Bearbeiten der mit Roßhaaren gefüllten Matratzen die giftigen Keime freigebracht hat und diese durch den am Halse des A. festgestellten Wund in den Körper eingebracht sind. Demgegenüber stützt sich die Berufsgenossenschaft auf ein nach Erlaß des Schiedsgerichtsurteils von dem Gerichtsarzt Dr. R. erstattetes Gutachten. Dr. R. vermisst im Gegensatz zu Prof. L. die Grundlagen für die Annahme der Wahrscheinlichkeit, daß die Betriebsarbeit des Verstorbenen die Infektion herbeiführt habe, da sich Streptokokken auch bei jeder anderen staubigen oder schmutzigen Beschäftigung entwickeln. Für die Entscheidung des gegenwärtigen Falles kann aber dahingestellt bleiben, daß gerade die Benutzung von Roßhaaren die tödliche Erkrankung herbeigeführt hat. Zweifelslos handelt es sich nach dem Gutachten beider Ärzte um eine Infektion, und diese ist, auch wenn man den Ausführungen des Dr. R. folgt, auf einen Betriebsunfall zurückzuführen. Denn auch dieser Arzt nimmt als Ursache der Infektion den Aufenthalt des Verstorbenen in einem mit giftigen Keimen überladenen Raum an. Als solcher kann aber nur die Betriebsstätte in Frage kommen, was sich schon daraus ergibt, daß auch der hier beschäftigte Arbeiter B. an derselben Infektion wie A. verstorben ist. Die von dem Arzte

angedeutete Möglichkeit, daß die Infektion auch außerhalb des Betriebsortes erfolgt sein könnte, muß als unwahrscheinlich ausgeschlossen. Es sind also beide Fälle als Betriebsunfälle anzuerkennen, und das Schiedsgericht hat daher mit Recht den Klägern die Hinterbliebenenrente zuerkannt.“ rd.

**Streiks und Lohnbewegungen.**

Aus der Militärbranche. Seitdem wir in der Nr. 39 unserer Zeitung den Schiedspruch der Berliner Schlichtungskommission über den Herstellungspreis der neuen Patronentasche veröffentlicht haben, hat erfreulicherweise im ganzen Reich eine Bewegung der Militärattacher eingeleitet, welche die Einführung des Berliner Taschenpreises zum Ziele hat. Noch erfreulicher als diese Bewegung selbst sind die Erfolge, die diese Aktion unserer Kollegen bereits erzielt hat. So können wir z. B. konstatieren, daß in Elberfeld, Kaiserslautern und Elm a. T. der in Berlin festgesetzte Preis, natürlich unter Berücksichtigung der ja allenthalben verschiedenen gebräuchlichen Herstellungsmethoden, voll und ganz zur Durchführung gelangt ist. In einigen kleineren Fabrikationsorten sehen teils noch Verhandlungen bevor, teils ist diese Tatsache noch gar nicht zur Ausgabe gelangt.

Von solchen Orten hingegen, die von einiger Bedeutung für die Militärattacherfabrikation sind, wären lediglich noch die Städte Strazburg i. E. und Karlsruhe zu nennen, von denen uns Berichte in irgendwelcher Form über die bisher erzielten Verhandlungsergebnisse noch nicht zugegangen sind. Vielleicht sind an diesen beiden Produktionsorten die Taschen gleichfalls noch nicht in Arbeit gegeben worden; dadurch würde sich das „Schweigen“ dort ebenso erklären, wie sich vorher die Schweigekammer der Tarifkommission erklärte; konnte diese doch auch beim besten Willen nicht gut für einen Gegenstand einen Preis festsetzen, dessen Herstellungsweise noch nicht feststand. Doch für Karlsruhe kann diese unsere Annahme kaum zutreffen, denn gerade von dort aus wurden der Tarifkommission vor der Festsetzung des Berliner Preises die lebhaftesten Vorwürfe dahingehend gemacht, daß die Karlsruher Kollegen infolge der „Untätigkeit“ der Tarifkommission in einer argen Zwismühle sich befänden; wüßten sie doch nun gar nicht, welcher Preis für die dort herzustellenden Taschen gefordert werden könne. Der Tarifkommission war diese Verdrängnis der Karlsruher Kollegen außerordentlich unangenehm, und sie hat ihr möglichstes getan, um einen schleunigen Entscheid in dieser Frage herbeizuführen. Seitdem aber sind wir über etwaige Verhandlungen von Karlsruhe ohne jede Nachricht geblieben. Wir nehmen an, daß auch in Karlsruhe der Berliner Preis zur Einführung gelangt ist, und unsere dortigen Kollegen schweigen, weil sie nun zufrieden sind. Trifft diese Annahme zu, dürfte es sich trotzdem empfehlen, von solchen Vorgängen der Tarifkommission stets Nachricht zu geben. Die Befriedigung der Wünsche der Kollegen entbindet von dieser Pflicht durchaus nicht. Eine zentrale Kommission muß Auskünfte aus allen Orten erhalten, mit denen sie in Verbindung steht. Denn nur dann ist sie in der Lage, Auskünfte zu erteilen, wenn solche verlangt werden. Offentlich holen unsere Kollegen in Karlsruhe das Veräumte baldigt nach.

Der Streik der Eisenarbeiter in Eisenberg dauert nun bereits 11 bzw. 12 Wochen und noch ist nichts erfolgt, was eine Annäherung der streikenden Parteien herbeiführen könnte. Die Situation verschärft sich im Gegenteil von Tag zu Tag. Die Fabrikanten sind eifrigst auf der Suche nach Arbeitswilligen, haben aber bisher nur recht dürftige Erfolge gehabt, so daß die Aussichten der Streikenden die besten sind. Wie bei allen Streiks, zeigt sich auch hier, daß die Arbeitswilligen jederzeit auf das Wohlwollen der Behörden rechnen können. So wurde der Streikleitung in Eisenberg durch den Bürgermeister Claus aufgegeben, vor jeder Fabrik nur zwei Streikposten aufzustellen und täglich ein Verzeichnis der als Streikposten fungierenden Personen mit Angabe ihrer Standorte einzurichten. Außerdem wurde die recht unnötige Erwartung ausgesprochen, daß die Streikleitung ihren Einfluß im Sinne der steten Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe geltend machen und namentlich dahin wirken werde, daß Arbeitswillige nicht von Streikenden schikaniert, beleidigt oder belästigt werden. Auf Vorfstellungen der Streikleitung wurde diese Verfügung allerdings wieder zurückgezogen bzw. ein Vermerk in die Akten gemacht, daß die Durchführung der Anweisung unmöglich sei. In einem anderen Falle wurde ein Streikender in der Nähe einer Fabrik nicht unerheblich ins Gesicht geschlagen. Alle Anzeichen sprachen dafür, daß der Messerheld, der in der Dunkelheit nicht erkannt werden konnte, ein Arbeitswilliger war. Auf erfolgte Anzeige erhielt der Verletzte eine Strafverfügung, nach der er wegen Verübung groben Unfugs in eine Strafe von

10 Mk. genommen wurde, die eventuell auch durch 5 Tage Haft als verbüßt erachtet werden kann. Es ist unnötig zu sagen, daß gegen diese Strafverfügung Einspruch erhoben wurde, so daß die Angelegenheit noch die ordentlichen Gerichte beschäftigen wird. Vor einigen Tagen war bekannt geworden, daß sechs Arbeitswillige im Besitz von Revolvern sind, die sie durchaus nicht zu ihrem Schutze bedürfen, da es aus Reinlichkeitsgründen keinem Menschen einfällt, sich an den Leuten zu vergreifen. Da man jedoch aus Erfahrung weiß, zu welchen Konsequenzen es führen kann, wenn solche Elemente mit dem Schicksalen in der Tasche herumlaufen, wurde Verbot beim Bürgermeister geführt. Der erklärte aber, da Waffentragen erlaubt und nur deren Benutzung verboten sei, nichts gegen die Leute tun zu können.

Die Streikenden haben sich bisher durch nichts beeinflussen lassen und sehen dem ferneren Verlauf des Kampfes mit Ruhe entgegen. Den Hauptthemen werden die Fabrikanten haben, deren Produkte vielfach in einem kaum glaublichen Zustande auf den Markt gebracht werden, so daß der ohnehin nicht bedeutende Ruf der Eisenberger Artikel noch mehr herabgemindert werden wird.

Mathemau. Die Firma Karl Berg, Etuis- und Lederwarenfabrik hier selbst, sucht auf dem Wege des Inzerats Sattler, angeblich auf Patronentaschen. Ein Kollege erhielt auf seine Anfrage folgenden Schreibbrief zugesandt: „Herrn A. R. zufolge Ihres Angebots vom 12. d. M. ist die fragl. Stelle als flottes Sattler für Patronentaschen nach zu besetzen für dauernd. Es sind hier jetzt 55 Leute beschäftigt, darunter ca. 12 Sattler. Zum Teil werden flotte Sattler hier in Afford ca. 27-30 Mk. Lohn ca 26 Mk. Ich bemerke notwendig, daß ich nur einen tüchtigen flotten Sattler suche, der dauernd Beschäftigung will und unorganisiert ist, da alle hier Nichtverwandter sind. Geben Sie mir postwendend Bescheid.“

So schauerlich dieses Fabrikantendutsch ist, so unwahr ist auch der Inhalt des Briefes. Die Firma hat nämlich überhaupt keine Patronentaschen zu machen, sondern es sollen vielmehr die Sattler, die auf dieses Angebot herbeikommen, Streikbrecherdienste gegen die streikenden Buchbinder und Etuisarbeiter leisten. Wir glauben, daß diese kurze Notiz genügt, um unsere Kollegen zu veranlassen, dem Herrn Berg das Anfertigen seiner „Patronentaschen“ selbst zu überlassen.

**Aus unserem Beruf.**

Vom Sattlerelend in der „freien“ Schweiz. Ein Kollege schreibt unserem schweizerischen Bruderorgan: Ich arbeitete vom 15. Oktober 1909 bis Ende März beim Sattler Hed in Küsnacht am Nigi. Der Lohn betrug 11 Fr. pro Woche. Wenn der Samstag kam, setzte sich dieses Muster ohne Wert auf das Velo und wollte verbrühen. Zum guten Glück verfügte ich aber auch über ein Kad, also ging die Jagd nach Geld los, über Berg und Tal, bis der liebe Meister die nötigen Koneten beisammen hatte und mir dann ausstündigen konnte. Mit der Kost sah es auch recht windig aus. Als noch fungierte der Meister, weil die Meisterin in derlei Mühen nicht erfahren war und ihre Hauptaufgabe im Kinderziehen und im Lamentieren über die ewige Geldnot erblickte. Waren nämlich einige überflüssige Waden im Hause, was jedoch selten vorkam, so wußte er keine andere Verwendung dafür, als schnell ins Wirtshaus zu springen und den Nies so schnell wie möglich zu verfrachten, wobei er in seinem Element war. Auch sei noch hervorgehoben, daß, um den Appetit der Arbeiter zu heben, die Kinder während der Mahlzeit am „Hafen“ saßen oder mit ihren schmutzigen Händen in die Schüsseln langten. Auch sonst stand die Meisterin mit der Reinlichkeit auf gespanntem Fuße, sonst wäre die Stube nicht mit so vielen Spinnweben geschmückt dekoriert. Logis war, weil auswärts, gut.

Nun zum Schluß die wahrhaft rührende Abschiedsgene. Die halbe Woche vorher hatte ich mit dem Meister nichts wie Zant und Streit. Endlich, an einem Donnerstag, kam's zum Bruch. Ich sah beim Essen; da kam die holdselige Meisterin herein, geblickt wie ein vorantlitzliches Angeheuer, einen Holzknüppel in der hocherhabenen Rechten, wie Wintlerfeld sel., und gab mir eins auf die Nase. Das war selbst für meine Engelsgebild zu viel, und ich zahlte mit harter Münze zurück, nur etwas nachdrücklicher; ich holte sofort den Landjäger, und mit dessen Hilfe bekam ich alles, was ich noch zu fordern hatte, und nun konnte ich küsnacht mit freudigen Gefühlen den Rücken kehren.

Also ganz wie bei uns! Der Angsttrauer wie seine „bessere Hälfte“ scheinen in solchen Mustereuropäern überall vorzukommen. Nur der schweizerische Landjäger scheint vorteilhaft vom preußisch-deutschen Gendarmen oder Polizeimann abzuweichen.

**Gaulleiter Höf in der Klemme.** Unter dieser freundlichen Epitaphie bringt die „Christlichsozialistische“ „Deutsche Lederarbeiterzeitung“ eine Notiz, die sich gegen die Ausführungen des Kollegen Höf in Nr. 12 unserer Zeitung wendet. Zunächst enthält die Notiz nichts von Belang, auf das man eingehen könnte. Die übrige Schimpferei hätte uns auch nicht veranlaßt, diese Notiz zu erwähnen; lediglich die Tatsache, daß das Blatt sich wieder einmal als ein „Mißblatt wider Willen“ und natürlich ohne Wir zeigt, zwingt uns dazu. Das „christlichsozialistische“ Organ schreibt nämlich: „Voll 14 Tage hatte er Höf, gebraucht, um die Sprache wieder zu finden.“ — Tu es aber, wie schon erwähnt, zur Sache selbst nichts, abfolgt nichts zu sagen weiß, droht es zum Schluß: „So viel für heute!“ Damit besagt das Blatt, daß es noch länger als 14 Tage braucht, ehe es die Sprache wiederfindet, denn der Höfische Artikel erschien am 21. Oktober, und am 5. November mußte man noch nichts rechtles zu schreiben. Also die „Christlichsozialische“ in der Klemme?

**Korrespondenzen.**

**Bremsehaven.** (E. 5. 11.) Aus Anlaß der Werftarbeiterbewegung berief die Ortsverwaltung am 10. Oktober eine Werftarbeiterversammlung aller beim „Norddeutschen Lloyd“ beschäftigten Sattler ein. Der zutrefflich hier anwesende Gaulleiter, Kollege Guldner-Damburg, hielt ein Referat über: „Die technische Entwicklung und die Ziele der Arbeiterbewegung“. Fast vollständig waren die Kollegen erschienen und folgten aufmerksam den Ausführungen des Redners, behandelte er doch auch die gegenwärtige Werftarbeiterbewegung und legte den Kollegen den Zusammenhang gegen das Kapital dringend ans Herz. In der Diskussion erklärten sich auch die bisher noch nicht organisierten Kollegen für den Zusammenschluß. Niemand hatte Klagen gegen oder über den Verband, wohl aber solche, die in persönlichen Streitigkeiten ihren Ursprung haben. Die Kollegen Kantenau und Schelz führten das Fehlen dieser persönlichen Streitigkeiten in sehr anschaulicher Weise darauf zurück, daß uns ein beträchtlicher Teil der Kollegen bis jetzt ferngeblieben hat. Was der Ortsverwaltung bisher nicht möglich war, die Kollegen zum Versammlungsbesuch und Eintritt in den Verband zu veranlassen, vollbrachten mit einem Schläge die brutalen Maßnahmen der Werftbesitzer gegen ihre Arbeiter. Sie, die Werftgewaltigen, erwägen sich somit als diejenige Kraft, die das Böse will und das Gute schafft. In seinem Schlußwort empfahl der Referent den Kollegen, sich dem Sattler- und Portefeullerverband anzuschließen und die Fortschritt zu leisten. Sieben Kollegen folgten darauf ihren Beiträgen. Einige andere hielten über Eintritt bestimmt in Aussicht, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

Am 20. Oktober tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung lautete: Klassen- und Kartellbericht, Gewerkschaftliches und Verschiedenes. Der Kartellbericht verlas die Abrechnung vom dritten Quartal. Klasse, Bücher und Belege wurden von den Revisoren geprüft und in bester Ordnung gefunden. Nun folgte der Bericht über die Werftarbeiterbewegung, der für die Kollegen allerorts von Interesse sein dürfte. In der Zeit zwischen diesen beiden Versammlungen erfolgte bekanntlich der Friedensschluß zwischen den Werftgewaltigen und der Arbeiterschaft. Der größte Teil der Mitglieder unserer hiesigen Verwaltungen stellte sich beim Norddeutschen Lloyd beschäftigt, welcher hier einen Reedereibetrieb mit Reparaturwerkstätte besitzt, diese gehört aber dem Verein deutscher Reedereiwerken nicht an. Nach dem Friedensschluß mit den Werften erhoben die circa 2000 Arbeiter des Norddeutschen Lloyd in einer Betriebsversammlung die Erzeugnisse der Werftarbeiter als Forderung an den Lloyd und beauftragten den Arbeiterausschuß, bei der Oberinspektion vorstellig zu werden. Bei der Werftarbeiterbewegung im Jahre 1907 abgeleitete der Norddeutsche Lloyd ebenfalls die erreichten Verbesserungen der Werftarbeiter für seinen Betrieb. Nach der unverbundenen Äußerung einiger Herren des Norddeutschen Lloyd sollte dies auch für die eventuellen Erfolge in diesem Jahre wieder der Fall sein. Diefem Umstände mag es wohl zu verdanken sein, daß die Arbeiter des Norddeutschen Lloyd während des ganzen Kampfes in passiver Hal-

tung geblieben sind. Die Inspektion nahm zwar eine zögernde Haltung ein, so daß eine weitere Vertreibungsveranlassung nochmals dazu Stellung nehmen mußte. Die dritte Versammlung konnte sich dann mit der Antwort und dem Zugeständnis der Oberinspektion beschäftigen. Es wurde nicht alles erreicht worden, was gefordert wurde, so hielt aber doch diese dritte Versammlung das noch eventuell zu erkämpfende für zu gering, um in den offenen Kampf zu treten. Bewilligt wurden 2 Pf. Zulage pro Stunde, mit Ausnahme von circa 300 Arbeitern, die während der Bewegung bereits Zulage erhalten haben. Ab 1. Januar 1911 Verkürzung der Arbeitszeit von wäsentlich 57 auf 56 Stunden und Erhöhung der Lohnes um 1 Pf. pro Stunde. Die Arbeiter betrachten diese Zugeständnisse nur als Abschlagszahlung und werden bei nächster Gelegenheit ihre weitergehenden Forderungen zu vertreten wissen, um so den Verdienst mit den gesteigerten Anforderungen an den Lebensunterhalt in Einklang zu bringen. Durch diese Bewegung wurde auch das Klassenbewußtsein und die Ueberzeugung von der Notwendigkeit des Zusammenstehens in unseren Kollegen geweckt, und haben sie sich, bis auf wenige Ausnahmen, dem Verbande angeschlossen, so daß wir es jetzt auf die stättliche Zahl von 43 Mitgliedern gebracht haben, gegen nur 24 vor der Bewegung. Das Hauptkontingent der Arbeiter am Norddeutschen Lloyd stellen die Metallarbeiter, unter deren Leitung die Verhandlungen stattfanden. Angehörigen sind selbstige noch keineswegs, da die örtliche Kommission auch noch die auf den Werften bewilligten Verbesserungen betr. die Lebensmengen und Affordarbeit sowie Einstellungslohn regeln wird. Ist es auch diesmal ohne Kampf abgegangen, so scheint es doch in Zukunft unvermeidlich, daß unser Verband mit den übrigen in Betracht kommenden Verbänden das Kampffeld betreten muß. Die hiesigen Kollegen aber rufen wir auch an dieser Stelle zu, feitzuhalten an Verbände und Waffen und Munition zu stärken, dann wird und muß die Macht des Kapitals an dem Gemischelten der Arbeiterorganisation scheitern. Unter „Verschiedenes“ wurde vom Vorsitzenden bekanntgegeben, daß die örtliche Kommission etwaige Mängel in der Werkstätte bei den Verhandlungen mit zur Sprache bringen wolle. Da wir betreffs Raum, Licht und Reinlichkeit der Werkstätte keine Klagen führen können, so kamen auch nur einige kleine Mängel zur Sprache, die inzwischen zum Teil bereits beseitigt sind. Hierauf erfolgte Schluß der sehr anregend verlaufenen Versammlung. (p. h.)

**Barmen-Eberfeld.** (E. 7. 11.) Am 5. November fand im Barmen Gewerkschaftshaus unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Es handelte sich zunächst darum, für Barmen-Eberfeld eine Agitationskommission zu wählen, auch wurde über die am 19. November in Eberfeld stattfindende Generalversammlung lebhaft debattiert. Der Vorsitzende wies, den Wert und die Notwendigkeit einer Agitationskommission betonend, eingehend darauf hin, daß es jetzt gelte, die der Organisation noch fernstehenden Kollegen für den Verband zu gewinnen. Pflicht jedes einzelnen sei es, sich an diesen Werke zu beteiligen, sei es durch derberhaft oder sonst irgendwas. Man könne nun aber der Kommission nicht zumuten, daß sie das große noch zu bearbeitende Feld allein bewältige, nein, jeder solle es sich zur Aufgabe machen, diese wirkliche gewerkschaftliche Meinarbeit nach Möglichkeit zu unterstützen, denn nur so könne die Aktion positive Erfolge zeitigen. Die alsdann gewählte Agitationskommission setzt sich aus 7 Kollegen zusammen und wird dieselbe in nächster Woche ihre Arbeiten aufnehmen. Der Vorsitzende teilte alsdann der Versammlung mit, daß am 19. November in Eberfeld der Volksstunde eine Generalversammlung stattfindet, die sich mit der Gründung einer Volkstasse zu befassen haben wird. Damit diese schon so oft erörterte Frage endlich mal einen Abschluß finde, sei es notwendig, eine beschlußfähige Versammlung zuzuziehen zu bringen, was aber wiederum nur geschehen könne unter Mithilfe der Kollegen, welche es als ihre Pflicht ansehen müßten, für den Besuch der Versammlung tüchtig Propaganda zu machen. Nachdem noch ein Kollege sich über die Wichtigkeit der Generalversammlung ausgesprochen und an die Versammelten der Appell gerichtet hatte, alle Kräfte anzusprechen, daß das Volkstassenprojekt praktische Durchführung erfare, wurde die leider schlecht besuchte Versammlung geschlossen.

Ann. des Schriftführers. Alle Wuppertaler Kollegen, welche bei der vorzunehmenden Agitation mitwirken wollen oder uns Adressen unorganisierten Kol-

legen mitteilen können, wollen sich an den Kollegen H. Strauß, Barmen, Eberfeld 10411, wenden.

**Augsburg.** (E. 7. 11.) Am Sonntag, den 30. Oktober, fand hier eine öffentliche Sattlerversammlung statt. Kollege Flg aus Stuttgart hielt ein vorzügliches Referat über: „Wie kann den Sattlern Augsburgs geholfen werden und welche Organisation vertritt deren Interessen am besten?“

Das Referat wurde von den Anwesenden sehr gut aufgenommen und fand reichen Beifall, trotzdem die Versammlung sehr „gemischt“ besetzt war. Wir können uns der Hoffnung hingeben, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo auch wir uns emig und geschlossen unseren Ziele nähern werden, welches wir uns geschildert haben, um endlich einmal in Augsburg auch etwas zu erreichen. Sattler Augsburgs, macht auf und schließt euch unserer Verbände an! Dies rufen wir allen Kollegen zu, denn Einigkeit macht stark!

**Aus anderen Organisationen.**

**6. Internationaler Metallarbeiterkongress.** In den ersten Novembertagen fand in Birmingham (England) der 6. Internationale Metallarbeiterkongress statt, auf dem die einzelnen Länder in folgender Stärke durch Delegierte vertreten waren: Belgien durch 5, Bulgarien 1, Dänemark 2, Deutschland 9, England 43, Finnland 1, Frankreich 3, Norwegen 1, Österreich 7, Schweden 1, Schweiz 1, Serbien und Ungarn 1. Sie vertreten 48 Vereine mit 771 000 Mitgliedern.

In den letzten drei Jahren hat die Vereinigung der Metallarbeiter 7 neue Vereine und 130 480 Mitglieder neu gewonnen. Zunahme weisen jedoch einzig und allein die kontinentalen Länder auf, während England trotz Erneuerung der Leittrage keine Zunahme zu verzeichnen hat.

Nach dem Bericht erhielten für Organisationszwecke Unterstützung: Der Allgemeine Niederländische Metallarbeiterverband zur Sanierung seiner Finanzen 1246,55 Mk., der Zentralverband der Eisen- und Metallarbeiter Ungarns bei seiner Suspendierung 5306,81 Mk., der Bund der Bijouterie- und Goldarbeiter Frankreichs zu einem Streik 5522,18 Mk., der finnische Metallarbeiterverband zu einer Auslieferung 13 309,52 Mk. und der schwedische Järn- und Metallarbeiterverband gelegentlich seines Großstreiks im Jahre 1909 584 031,09 Mk., darunter 540 000 Mk. barckschneise. Bei diesem Streik wurde auch feitzustellen versucht, wie stark sich die Metallarbeiter, soweit sie in ihren Vereinen dem Bund angeschlossen sind, an der allgemeinen, durch die Gewerkschaftszentralen eingeleiteten Disziplinaktion beteiligen haben. Die auf diese Weise festgestellten Beiträge belaufen sich auf 895 857,55 Mk., sind aber entschieden hiermit viel zu niedrig anzugeben, weil nicht alle angeschlossenen Vereine Berichte darüber abgegeben haben. Diese Unvollständigkeit kam aber darüber nicht hinwegtäuschen, daß die großbritannischen Metallarbeiterorganisationen so gut wie gar nichts zu diesen Unterstützungaktionen beigetragen haben. Der Gesamtertrag der vorgenannten Sammlungen stellt sich auf 68 311,75 Mk., wovon auf England 610,25 Mk. entfallen. Zu dem Darlehen haben sie gar nichts beigetragen, die an sie gerichtete Anfrage nicht einmal beantwortet. Der Sekretär geht sodann auf die nächsten Aufgaben ein und schließt mit dem Wunsch, daß die bisher gemachten Erfahrungen Beschlüsse zeitigen mögen, durch die die Internationale eine Stärkung ihrer Position erfahren möge.

Die Diskussion war ziemlich lebhaft. An derselben beteiligten sich Vertreter aller größeren Industriestaaten, vor allem Deutschlands, Englands, Frankreichs und Österreichs. In der Hauptsache handelt es sich um die gegenseitigen Beziehungen und die Zurückhaltung der Engländer bei internationalen Disziplinaktionen, die von Cöhen-Berlin, Beer-Wien, Saupé-Berlin einer Kritik unterzogen wird, während seitens der Engländer Gobson, Wallis, Wood das Verhalten der englischen Verbände mit der großen Zersplitterung zu erklären versucht wird. Die Vertreter, diese zu verschmelzen, haben bisher zu keinem befriedigenden Resultat geführt. Die Auffassung in vielen englischen Organisationen geht dahin, daß sie stark genug seien und ihre Pflicht getan hätten, wenn sie dem Gewerkschaftskartell und dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund angehören. Von letzterem würden sie bei ihren Streiks unterstützt, und sie könnten daher nicht begreifen, warum sie sich nun noch international organisieren sollen. Die Leitung der Weltlich Metal Trades Federation sei bemüht, diesen Geist zu bannen. Das sei aber nur nach und nach zu erreichen. In der Diskussion wurde namentlich seitens Severing-Deutschland die vom Sekretär in seinem Bericht angeregte Sammlung und Bearbeitung von Material aus der Praxis der Gewerkschaftsbewegung empfohlen und die Engländer zu reger Mitarbeit aufgefordert.

**Der Zimmererverband während der Ausperrung.** Für jeden Gewerkschaftler dürfte es von Interesse sein, nachzuprüfen, wie eine große Zentralorganisation in einem Nischenkampf, auch rein finanziell den an sie gestellten Anforderungen genügen konnte und welche Wirkungen sich sonst noch bemerkbar machten.

Der Zimmererverband veröffentlichte eine eingehende Statistik über die große Ausperrung in diesem Jahre und die Abrechnung über die Unterstützung der ausgesperrten Zimmerer, der wir folgende Zahlen im Auszuge entnehmen. Das Verbandsgebiet umfaßte vor der Ausperrung 728 Verbandsabteilungen, die sich auf 9221 Orte mit zusammen 10 029 Zimmererbetrieben und 67 511 beschäftigten Zimmerern, von denen 55 284 Verbandsmitglieder sind, erstreckten. Für die Tarifbewegung kamen 420 Verbandsabteilungen in Betracht, die zusammen 44 359 Zimmerer, darunter 37 128 Verbandsmitglieder, umfassen. Ausgesperrt wurden in 1272 Orten zusammen 27 253 Zimmerer, von denen sich 26 010 in die Kontrolllisten eintragen ließen. Davon waren 25 844 Verbandsmitglieder, 17 022 verheiratete mit zusammen 30 249 Kindern. Von der Ausperrung wurden im Baugewerbe überhaupt insgesamt 73 281 Personen betroffen. Der Arbeitsverlust beträgt insgesamt 913 548 Arbeitstage, der Lohnausfall 4 718 152 Mk. Sätte sich der Wille der Unternehmer erfüllt, dann wären fast noch einmal soviel Personen der Entbehrung preisgegeben worden, nämlich alle Zimmerer, die an der Tarifbewegung beteiligt waren und dazu ihre Angehörigen. Der Unternehmerwille erwies sich aber nicht als allmächtig. Nichtsbedeutender lassen die vorstehenden Zahlen erkennen, wieviel Not und Elend eine Unternehmerorganisation in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung über arme Arbeiter und deren unschuldige Kinder zu verhängen vermag.

Der Zimmererverband unterstützte 18 700 Ausgesperrte für 640 547 Ausperrtage aus seiner Hauptkasse mit 1 554 547 Mk., außerdem zahlte die Verbandshauptkassa 19 333,20 Mk. an Familienunterstützung. Die Verbandsabteilungen leisteten 82 325,81 Mkt an Zuschüssen. Dazzu kommen Summen für Fortschaffung Zugereicher, Reiseunterstützung usw., so daß die Gesamtausgabe des Zimmererverbandes 1 685 055,67 Mk. beträgt. Davon brachte die Hauptkasse des Verbandes 967 121,45 Mk. auf; die in Arbeit gebliebenen Verbandsmitglieder leisteten 297 095,85 Mk. an Extrarbeitertagen; 300 000 Mk. stießen aus den allgemeinen Sammlungen der Generalkommission; 105 180,74 Mk. stießen aus den Beschlüssen Fonds der Abteilungen des Zimmererverbandes; 12 640,35 Mk. fanden ausländische Zimmererorganisationen ein; den Rest brachten Gewerkschaftstafeln und sonstige Einnahmen auf.

Seider eine anerkennenswerte Leitung der Gewerkschaftsorganisation, die auch nicht unterschätzt werden darf, wenn man berücksichtigt, daß noch bei weitem nicht alle Mitglieder des Verbandes von der Ausperrung betroffen wurden.

**Der Malerverband für politisch erklärt.** Die Verwaltungsmitglieder des Zweigvereins Thorn wurden durch die Polizeibehörde mit einem Strafmandat bestraft, weil trotz wiederholter Aufforderung der Vorstände es unterließ, die Mitglieder bei der Behörde anzumelden. Gegen dieses Strafmandat wurde gerichtliche Entscheidung angerufen. Zu der Verhandlung vor dem Schöffengericht waren als Zeugen ein Polizeikommissar, ein Polizeiwachtmeister, ein Polizeikommissar und ein Polizeisekretär erschienen, die einmütig bezeugten, daß im Malerverein politische Gegenstände durch auswärtige Referenten erörtert würden und daß nach einer Versammlung vor dem Lokal Wahlzettel verteilt worden seien. Als diese eidliche Aussage zur Beurteilung wohl nicht ausreichte, brachte der Polizeikommissar einen von der Hamburger Polizei eingeholten Bericht zur Verlesung, aus dem die politische Tätigkeit der Mitglieder des Hauptverbandes ersichtlich sein soll. Daraufhin nahm das Gericht an, daß sich der Verband ausschließlich mit sozialdemokratischer Politik befaßt. Die Verurteilung wurde verworfen und die Angeklagten zu einer Geldstrafe von je 5 Mk. oder einem Tage Haft verurteilt. Gegen dieses Urteil wird nochmals Berufung eingelegt werden. Zur Abwechslung ist nun wieder einmal der Malerverband nach der Rechtsauslegung durch westpreussische Gerichte als politischer Verein erklärt worden.

Was in dieser ja unerschauerlichen Gegenwart allerdings kein Wunder ist.

**Christliche Gewerkschaften sind Zentrumsorganisationen.** Diese Tatsache ist längst bekannt, aber die christlichen Gewerkschaftsführer geben sich unausgesetzte Mühe, sie zu bestreiten, obwohl das ganze Tun und Lassen der christlichen Verbände ganz offensichtlich darauf abzielt, die Interessen der Zentrumspartei zu fördern. Angesichts solcher Ableugnungsversuche ist es wichtig, die Fälle festzuhalten, in denen ein christlicher Führer ausnahmsweise einmal der Wahrheit die Ehre gibt. Das hat kürzlich

der Zentrumsabgeordnete Justizrat Trimborn auf dem Zentrumsparteitag für den Regierungsbezirk Trier, der in Punktfragen abgehalten wurde, getan. In einem Zentrumsorgan, der „Trierischen Landeszeitung“, vom 18. Oktober wird darüber berichtet: „Justizrat Trimborn erklärte vorweg, daß die Liberalen nicht auf ihre Rechnung kommen würden, wenn sie glaubten, die Anhänger der beiden gewerkschaftlichen Richtungen (es handelte sich augenscheinlich um den „Bruder“ zwisch der Münchener- und der Berliner Richtung, also katholische Fachabteilungen und christliche Gewerkschaften) hätten aufeinander und führten einen Strich vorbei. Das Zentrum sei nicht der Boden, auf welchem die Gewerkschaftsstrategie geübt werden könnte. Wir müßten stets festhalten, daß beide Richtungen dem Zentrum zu dienen wollten, daher gebe uns der Streit in dieser Versammlung nichts an.“

Es ist wie geplant, keine neue Offenbarung, daß die christlichen Gewerkschaften ebenso wie die katholischen Fachabteilungen die Aufgabe haben, dem Zentrum zu dienen, es ist aber anerkennenswert, daß es von zuständiger Stelle so offen ausgesprochen wurde.

**Ausland.**

**Streikbewegung im Auslande.** Daß zurzeit auch im Auslande noch eine ziemlich lebhaftere Streikbewegung im Gange ist, zeigt folgende Zusammenfassung:

**Frankreich.** Für die vielen Opfer der Eisenbahnerstreiks sind von der Organisation allgemeine Sammlungen und an größeren Orten sogenannte kommunisistische Mahlzettel arrangiert worden. In Connerre (Sarthe) sind die Metallarbeiter, weil sie Lohnforderungen stellten, nun schon seit drei Monaten ausgesperrt; Streikbrecher haben sich bisher nicht gefunden. — Im August 1910 wurden dem Arbeitsamt 146 Streiks gemeldet, gegen 81 im gleichen Monat 1909 und durchschnittlich 70 in den letzten 5 Jahren. In 91 Fällen waren Lohnforderungen die Ursache, in einem Falle der Versuch, die Löhne herabzusetzen, in 17 Fällen andere Lohnfreizügigkeiten, in 10 Fällen Forderungen auf Verfürzung der Arbeitszeit, in 4 Fällen andere Forderungen, die Arbeitszeit betreffend, in 8 Fällen die Forderung auf Abschaffung des Akkordsystems, in einem Falle Abschaffung der Strafgeleitens, in 22 Fällen Wiedereinstellung Entlassener, in 17 Fällen die Forderung auf Entlassung von Arbeitern, in je einem Falle die Forderung auf Abschluß eines Tarifvertrages bzw. auf Anerkennung der Organisation. Von den im gleichen Monat beendeten 116 Streiks endeten 11 mit vollem, 44 mit teilweisem und 61 ohne jeden Erfolg für die Arbeiter. Beteiligt waren insgesamt 20 779 Arbeiter. Während des gleichen Zeitraumes wurde nur eine Ausperrung gemeldet, deren Ergebnis noch nicht bekannt war. — Die Bergarbeiter des Tarnrevieres beschloßen, Lohnerhöhung zum Ausgleich der Teuerung zu verlangen.

**Vereinigete Staaten.** In New York und Vororten streifen die Gepäckträger. Infolge der ständigen Zusammenstöße mit den Streikbrechern ist die ganze Polizei auf den Beinen. Mehrere hundert Verwundete sollen schon in die Hospitäler eingeliefert worden sein. Das Hauptquartier der Streikbrecher wurde in Brand gesetzt. — In Chicago befinden sich über 25 000 Kleidermacher im Streik um Lohnerhöhung und Anerkennung der Organisation. — Im Staate Ohio streifen 8000 Bergarbeiter wegen der willkürlichen Auslegung einer Lohnklausel durch die Unternehmer. — In Tampa, Florida, streifen 8000 Zigarrenmacher seit vier Monaten. Die New Yorker Zigarrenarbeiter sind jetzt zum Teil in einen Sympathiestreik eingetreten. — Rund 10 000 Arbeiter in New Yorker Fleischfabriken drohen mit der Arbeitseinstellung, wenn ihre Forderung auf Lohnerhöhung nicht bewilligt wird. — In New York erhielten 1200 Tapezierer ohne Arbeitsüberlegung eine Lohnerhöhung von 4 auf 4½ Dollar pro Tag.

**England.** Die Bewegung unter den englischen Buchdruckern zur Verkürzung der Arbeitszeit nimmt jetzt ernstere Formen an. Zurzeit findet unter den 60 000 organisierten Schriftsetzern, Maschinenmeistern, Lithographen, Buchbindern usw. eine Urabstimmung darüber statt, ob am 1. Januar 1911 der Streik bezw. die Kündigung ausgesprochen werden soll, wenn nicht allgemein sofort die stündige Arbeitswoche mit der festen Verpflichtung, diese am 1. Januar 1912 auf 48 Stunden zu reduzieren, eingeführt wird. Die Abstimmung im Londoner Verein der Schriftsetzer ergab 7847 Stimmen für und 1501 Stimmen gegen Eintritt in eine solche Bewegung. — Ein zwischen den beiderseitigen Zentralinhalten vereinbartes Übereinkommen zur Beendigung der Ausperrung in der Schiffbauindustrie ist von den Arbeitern mit 14 079 Stimmen gegen 3760 abgelehnt worden. Der gleiche Vorschlag, mit ganz geringen Änderungen, soll jetzt ein zweites

Mal der Urabstimmung unterworfen werden, da die Zentrale der Schiffbauindustrie keine Möglichkeit sieht, dem Kampfe einen günstigen Verlauf zu sichern. — Ein partieller Mohlenarbeiterstreik in Endwoles dreht sich auszuweiten. Da die Leistung des Bergarbeiterverbandes die Bewegung nicht unterliegen und anerkennen will, die Arbeiter aber entschlossen sind, die Arbeit schon in dieser Woche niederzulegen, wollen sie sogar eine neue Organisation gründen, die schon jetzt auf 30 bis 40 000 Mitglieder zählen kann. Bis Dienstag, den 1. November, hatten 22 000 Mann die Arbeit schon niedergelegt. Am Werken reichten 1000 Verleger und Gepäckträger die Kündigung ein. Sie verlangen Verkürzung der Arbeitszeit.

**Australien.** In Perth streikten die Straßenbahner erfolgreich am den Achtundentag. Trotz aller Bemühungen der Direction hatte man auch nicht einen Streikbrecher aufreiben können. Die Bergleute des Großen Dill Streikes, in dem im vorigen Jahre ein Generalfreistrit stattfand, sind erneut in eine Lohnbewegung eingetreten, nachdem sie ihre Position durch Zentralisation und Verfamlichung der vielen kleinen Gewerkschaften bedeutend verbessert haben.

**Rundschau.**

**Parlamentarisches.** In der Reichsjustizkommission geht es weiter rüdwärts. Was die erste Lesung noch an halbwegs vernünftigen Bestimmungen übrig ließ, scheint in der zweiten Lesung vollständig beseitigt werden zu sollen. Es bleibt also dabei, daß auch in Zukunft Beamte inamenschlich handelt es sich in solchen Fällen fast stets um Politzisten wegen angeblicher „Verletzung von Staatsinteressen“, so lautet die diesbezügliche Formel, durch ihre vorgesetzte Behörde, an der Zeugenaussage vor Gericht gebindert werden. An und für sich wäre dieses ja gar nicht so schlimm, höchstens würde man ab und zu einen Platz hinter die Kulissen der „Staatsbühne“ werfen können und dort manchmal erschreckend feststellen, mit wie wenig Verstand die Welt regiert und mit wie wenig Ueberlegung Polizeimaßnahmen getroffen werden. Doch das weiß ja jeder Geübtere auch so schon zur Genüge! Schlimm wirkt dieser Umstand nur für den betreffenden „Sünder“ auf der Angeklagten, der bei der Zeugenaussage der Beamten sehr oft freigesprochen würde, aber bei Zeugnisverweigerung ebenso oft verurteilt werden muß, obwohl er unschuldig ist.

In der Reichsverversicherungsordnungs-Kommission ist man jetzt mit der ersten Lesung zu Ende gekommen. In der Hauptfrage handelte es sich jetzt nur noch um den inneren Aufbau der Organisation und den Gang des Verhandlungsweges. Der Vaic findet in der Anzahl von Vorschriften und Anlagen überhaupt kaum noch zurecht, und sieht der Reichstum an derartigen Komplikationen in schreierendem Gegensatz zu dem materiellen Wert der ganzen Sozialgesetzgebung. Die Sozialdemokraten versuchten auch in dem Reiz der Tagung noch herauszuholen, was herauszuholen war. Jedoch viel ist es nicht. Denn gegen wirklich eingreifende Abänderungsanträge, die metallischen Feigenschma verrieten, zeigten sich die übrigen Parteien stets von der spröden Seite; sie lehnten fast stets geschlossen solche Verbesserungen ab. Der Rest des Entwurfs wurde mit unmerklichen Änderungen angenommen. Durch zwei von der Kommission beschlossene Resolutionen wird die Regierung ersucht, auf allen Universitäten und technischen Hochschulen Lehrstühle für soziale Medizin, Sozialversicherung und Arbeiterschutzgesetzgebung zu errichten. Solche Spezialisten sind sicher sehr notwendig, noch notwendiger aber diejenigen Spezialisten, die die ganze Sozialgesetzgebung und ihre Anzahl Bestimmungen und Paragraphen genügend kennen. Aber das wird der Staat sicher nicht tun, das überläßt er den Arbeitern. Man ist so schon nicht sehr erbauet davon, daß die Bevölkerung mehr und mehr in die „Geheimnisse der Sozialgesetzgebung“ eindringt.

Die Unruhen am Wedding machen auch der frommen „Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Kirchenzeitung“ viel Kopfzerbrechens. Daß es sich dabei um sozialdemokratische Verbeugung handelt, darüber ist sich das Blatt natürlich völlig klar. Aber es beruhigt sich bei dieser Erkenntnis nicht, sondern möchte den „sozialdemokratischen Lärmmachern“ nach Möglichkeit entgegenkommen und macht deshalb den niedlichen Vorschlag, doch einmal zu diesem Zweck einen kleinen Krieg zu inszenieren:

„Der Psychologe, der als Schlachtenbummler durch Berlin N. einherwandert, sieht noch etwas anderes. Er sieht das brennende Verlangen der Leute nach etwas Romantisch im Leben. Er sieht den Kraftüberdruck all der jungen Leute zwischen 20 und 30 Jahren, er sieht, wie sie in Gegenwart ihrer Frauen und Bräute die Hände ballen und sich rühmen, es den „Blauen“ ordentlich besorgen zu wollen. Vielleicht kommen sie eben aus dem

Strotheater, wo sie für 10 Pf. sich „Die Jagd nach dem Verbrecher“ oder eine andere Serie lebender Bilder angesehen haben. Nun wollen sie auch etwas erleben. Als Minder haben sie Indianer gespielt. Jetzt werfen sie mit Ziegelsteinen nach Schulknechten. Die einzige Heldentat, von der sich ein Professor erzählen kann, ist ja eine gelegentliche Schlagerei gegen die „Widerhand gegen die Staatsgewalt“, wobei es dann ein paar Monate gefest hat. Und nach Heldentoten, gleichwohl welcher Art, dürrt man eben. Gerade ein gutgenährtes Pferd wird „vom Haber gehochen“; und ein Volk, das 40 Friedensjahre hinter sich hat, versucht Paratiden zu bauen, wenn es nicht in die Schützengräben gegen den auswärtigen Feind kommt. Ist das ein Zeichen, daß das Reich bei uns wankt? Ich glaube kaum. Wehr den Leuten eine andere Momantik, und sie verrichten Wunder der Pflichttreue, im Südwert hatten wir eine Menge ursprünglicher Sozialdemokraten unter den unermüdeten Kämpfern. Wir leiden als Volksgenossen an jeter Dummheit. Darum schreiben wir nach Weimung, damit das Blut wieder frisch fließe. In dem Moment, wo ein Krieg ausbräche, gäbe es keine Kravalle mehr, dann ist dieses Surrogat nicht mehr nötig.

Ein Krieg als Ablenkung für innere Schwierigkeiten ist ja von jeher das Rezept aller Reaktionsäre gewesen, wenn sie sich am Ende ihres Ratesin sahen. Aber daß sogar ein orthodoxes Kirchenblatt keinen besseren Ausweg aus den Nöten der Gegenwart weiß und nach einer „anderen Momantik“ ruft, zeugt doch von einer bedauerlichen Dürftigkeit der Orthodoxie.

Das gekrönte Manichen, wie Professor Reukner das russische Väterchen nannte, hat jetzt unter dem Schutze von Soldaten und Gendarmen dem Jagd„vergügen“ getränt und ist nun endlich verduftet. Es war auch die höchste Zeit, denn die edle Garde der russischen Spigel und Gentlemen, die zum „Schutze“ des russischen Despoten hier anwesend waren, singen nachgerade an, auch unseren „Gutgejunten“ lästig zu werden.

In Liegnitz, Nizdorf und einer ganzen Reihe anderer Städte brachten die kürzlich vollzogenen Stadiverordnetenmahnen den Sozialdemokraten ganz außerordentliche Erfolge, die man gleichfalls als gute Vorbotten für die Reichstagswahlen betrachten kann.

**Einsendungen der Verwaltungsstellen im Monat Oktober 1910.**

Altenburg	14.10	Konstanz	130,50
Apolda	64,80	Klein-Auheim	81,30
Ausbach	7,20	Klein-Steinheim	107,30
Bayreuth	20,-	Lammerpiel	98,80
Berlin	5687,57	Leipzig	94,07
Bieber	144,90	Liegnitz	75,-
Bielefeld	460,-	Magdeburg	200,-
Bodum	47,90	Mann	48,60
Bonn	35,-	Mannheim	170,-
Brandenburg	100,95	Martinsstädt	41,20
Braunschweig	216,-	Meerane	74,90
Bremervaden	90,-	Mühlhausen	45,-
Breslau	410,40	Mühlheim a. M.	265,30
Büdingen	88,60	Mühlheim a. N.	78,02
Colmar	52,20	Mühlrose	35,60
Danzig	30,-	München	744,25
Dessau	30,-	Neu-Isenburg	118,40
Dortmund	40,-	Nieder-Schlema	68,-
Dresden	19,80	Nürnberg	215,-
Duisburg	46,10	Oberthausen	200,41
Düsseldorf	90,-	Offenbach	761,28
Eisenach	126,80	Penzig	20,-
Eisleben	57,50	Pöten	30,80
Eisleben	500,64	Potsdam	79,15
Erlangen	159,10	Rathenow	86,70
Eisen	50,-	Remscheid	48,90
Ehlingen	82,-	Reutlingen	75,-
Finstertal	8,30	Rostock	60,-
Frankfurt a. M.	591,15	Rumpenheim	190,70
Frankfurt a. O.	17,90	Solingen	42,80
Freiberg	109,67	Stargard	53,20
Gelsenkirchen	20,-	Strasbourg	66,10
Gera	109,40	Striegau	66,10
Glogau	55,50	Stuttgart	820,26
Hagen	40,-	Suhl	66,70
Hamburg	81,10	Verden	20,80
Hannover	185,20	Weiskirchen	160,20
Heilbronn	75,-	Wismar	55,-
Heusenstamm	376,20	Witz	228,25
Hena	119,65	Zossen	38,40
Hügelheim	136,40	Zwickau	22,10
Häferslautern	135,-		
Karlshöhe	100,-		
Kassel	150,-	Bieber	200,-
Kiel	30,-	Domeln	52,-
Koburg	30,-	Hönigschütt	21,20
Königsberg	100,-	Offenbach	800,-

\*) Die unter dem Strich bezeichneten Beträge kommen im 4. Quartal zur Berechnung.

Alfred Nibel, Hauptkassierer.

**Erkenntmachung des Zentralvorstandes.**

Der Beitrag der Verwaltungsstellen Ueterjen beträgt von jetzt ab 60 Pf. pro Woche.

Auf Antrag der Ortsverwaltung Ueterjen wurde das Mitglied Richard Hoffmann, Buchur. 8307, wegen Streifbruch aus dem Verbands ausgeschlossen.

Die richtige Ausfüllung der statistischen Karten betreffend wollen wir auf verschiedene Anfragen darauf verweisen, daß in der Rubrik „M e a l m ä ß i g e A r b e i t s z e i t“, die wirklich geleistete Arbeitszeit, also inkl. Ueberstunden, eingetragen werden soll.

In der letzten Zeit wurden sehr häufig durch die Ortsverwaltungen Erfaksarten und -bücher verlangt, ohne daß gleichzeitig der Nachweis über die Beitragsleistung der letzten 52 Wochen geführt wurde. Die Ortsverwaltungen sollen nicht eher um Ersatz eintommen, bis nicht einwandfrei festgestellt wurde, wo das Mitglied in den letzten 52 Wochen Beiträge bezahlt hat und bis zu welcher Woche. Ferner muß auch die Unterstützung der letzten 52 Wochen angegeben werden.

Das Mitgliedsbuch Nr. 9543 (Karl Langner-Müllrose) ist angeblich verloren gegangen. Es wird hiermit für ungültig erklärt.

Der Vorstand. J. M. R. Blum, Berlin SO. 16, Brüdenstr. 10 b.

**Bücherchau.**

Die Schmaroher des Menschen. Von Dr. S. Lisch. Seit 25 der Arbeitergesundheitsbibliothek. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Das vorliegende Heft der Arbeitergesundheitsbibliothek ist sehr lehrreich, indem es jeden Mitbewohner des Menschen zu seinem Recht kommen

läßt und an der Hand sehr charakteristischer Abbildungen (wir heben darunter besonders die des Wandwurns, der Trichine, der Kräftmilbe hervor) das Wesentliche über jeden einzelnen Schmaroher zur Kenntnis bringt. Das Heft wird vielen willkommen sein. Preis 50 Pf., Volksausgabe 20 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

**Sterbetafel.**

Berlin. Karl Löben, Tischner, 32 Jahre alt, durch Ueberfahrenwerden verunglückt. Ehre seinem Andenken!

**Verfammlungskalender.**

(Unter dieser Rubrik beschleunigen wir kostenlos diejenigen Verfammlungsanzeigen, die bis zum Redaktionsschluss bei uns einlaufen.)

Berlin, Treibriemenbranche: Sonnabend, den 19. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenfelder Vereinshaus“, Rosenfelder Straße 57.

Breslau. Sonnabend, den 19. November, Mitgliederverfammlng im „Grünen Bergel“. (Referent Kollege Barisch, Görlitz.)

Elberfeld. Sonnabend, den 19. November, abends 9 Uhr, im Volkshaus, Reilbahnstr. 6, Generalverfammlng. Beschlußfassung über die Gründung einer Lokalfasse.

Essen a. Ruhr. Sonnabend, den 19. November, abends 9 Uhr, im Restaurant Schmiering, Rheinische Straße. Mitgliederverfammlng.

Hannover. Sonnabend, den 19. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Wolf, Schillerstr. 4. Mitgliederverfammlng.

Wien. Sonnabend, den 19. November, abends 9 Uhr. Mitgliederverfammlng im Volkshaus.

München. Samstag, den 19. November, abends 8 Uhr. Mitgliederverfammlng im „Lampgarten“, Jägerstr. 14.

**Wegen des preussischen Duktages Redaktionsschluss der nächsten Nummer Sonnabend, den 12. November.**

**- Anzeigen**

**Zentral-Franken- und Begräbniskasse der Schuhbinder u. verwandten Geschäftszweige (E. G.).**

**Zur Beachtung!**

Nach § 7 Abs. 4 unseres Statuts sind in den Jahren, in denen für 53 Wochen Krankengeld zur Auszahlung gelangen, auch 53 Beiträge zu erheben. Diese Voraussetzung zur Erhebung von 53 Wochenbeiträgen trifft für dieses Jahr zu, es sind daher in dem laufenden 4. Quartal 14 Wochenbeiträge zu erheben und für Dezember fünf Marken zu kleben.

Leipzig, den 22. Oktober 1910.

Für den Vorstand der Kasse  
S. Brandmair.

**Ortsverwaltung Offenbach a. M.**

Samstag, den 26. November 1910:

**Herbst-Fest :: Kunst-Abend**

im Gewerkschaftshaus, Aufstraße 9.

Mitwirkende:

Offenbacher Musikverein, Frankfurter Künstler-Quartett und ein Xylophon-Virtuose (Mitglied der Frankf. Oper).

Nach dem Konzert **Ball** bei doppeltem Orchester. Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

**Eintrittskarten** im Vorverkauf 40 Pf., an der Kasse 50 Pf.

Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

**Georg Weihnachts Bierhaus, Grünstr. 21.**

**R. Weiß-, Bayerisch-, Kolmbacher Bier**

Zubehör der Zentral-Ordnungs- der Sattler und der Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler. Zubehör der „Prova Volkshaus“.

**Sattlerei fehlt!**

In aufblühendem Vorort von Berlin, 3300 Einwoh., findet Sattler Existenz. Laden mit Wohnung in Hauptverkehrsstraße vermietet zum 1. 4. 1911

Architekt Schober, Lichtenrade b. Berlin, Bahnhofstraße 14.

**Selbständige Sattelmacher**

auf Herren- und Damensättel, sowie tüchtige Reitzzeug- und Paktaschen-Arbeiter

finden dauernde Beschäftigung. Offerten unter J. 84 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

**Achtung! Geschirrbrenne Berlin!**  
Am Dienstag, d. 22. November 1910, abends 8 1/2 Uhr, **Oeffentliche Geschirrlattler-Verfammlng**

in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 57/58. Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige Situation in der Geschirrbrenne und wie kann dieselbe für die Kollegen ausgenutzt werden. Referent: Kollege Boh. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Alle Wertstellen müssen vertreten sein.